LZ-Rheinland

Artikel vom 13.06.2019 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 04:34 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/ressorts-im-duengestreit-einig

Ressorts im Düngestreit einig



Foto: landpixel

Die Position der Bundesregierung hinsichtlich einer neuerlichen Änderung der Düngeverordnung zeichnet sich immer deutlicher ab. Die beiden Staatssekretäre des Bundeslandwirtschafts- und des Bundesumweltministeriums, Dr. Hermann Onko Aeikens und Jochen Flasbarth, zeigten sich nach dem erneuten Düngegipfel mit Vertretern der Länder und von Verbänden sowie mit Parlamentariern der Koalitionsfraktionen am Donnerstag vergangener Woche in Berlin zuversichtlich, dass man kurzfristig die noch verbliebenen offenen Punkte klären werde. Eine Beteiligung des Bundeskanzleramts werde dafür aller Voraussicht nicht benötigt, erklärten Aeikens und Flasbarth gegenüber der Presse. Wie vorgesehen werde die Bundesregierung noch im Juni ihre Vorschläge in Brüssel vorlegen. Die beiden noch offenen Punkte beziehen sich den Angaben zufolge auf die Ausnahmen von der für die roten Gebiete vorgesehenen Verringerung der Düngung um 20 % gegenüber dem Pflanzenbedarf. Der Deutsche Bauernverband (DBV) blieb auch nach dem Treffen bei seiner Kritik an den Plänen der Bundesregierung. Eine Abkehr vom Prinzip der bedarfsgerechten Düngung sei weder fachlich zu begründen noch von der EU-Kommission gefordert, erklärte der DBV-Umweltbeauftragte Eberhard Hartelt. Grundsätzliche Kritik am Umgang in Deutschland mit den Brüsseler Forderungen für ein wirksameres Düngerecht in den vergangenen Jahren hatte zuvor die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser geübt. Bei einer Veranstaltung in Berlin sprach die CDU-Politikerin von „gemeinschaftlichem Politik- und

Lobbyversagen“.